

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

68. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. Juni 2007, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages (Zimmer 142)

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)	Vorsitzender
Hans-Jörn Arp (CDU)	
Johannes Callsen (CDU)	i. V. von Jens-Christian Magnussen
Tobias Koch (CDU)	
Peter Lehnert (CDU)	i. V. von Frank Sauter
Thomas Stritzl (CDU)	i. V. von Peter Sönnichsen
Holger Astrup (SPD)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Anna Schlosser-Keichel (SPD)	
Dr. Heiner Garg (FDP)	i. V. von Wolfgang Kubicki
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Kompensation der Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs	4
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1286	
2. Bericht des Wirtschaftsministeriums über den aktuellen Stand der Förderung eines Science Centers in Kiel	5
3. Vergabe Bahnnetz Ost	6
Anträge der Abg. Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umdrucke 16/2122 und 16/2125	
4. Verwaltungsvereinbarung über den Hochschulpakt	7
Vorlage des Wirtschaftsministeriums Unterrichtung 16/90	
5. Information/Kennntnisnahme	8
6. Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Kompensation der Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1286

(überwiesen am 21. März 2007 an den Innen- und Rechtsausschuss und den
Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 16/2074 und 16/2086

Eine Frage von Abg. Heinold zur Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten beantwortet St Lorenz dahin, man müsse abwarten, wie die kommunalen Körperschaften mit der Umsetzung der schulgesetzlichen Vorgaben umgingen.

P Dr. Altmann hält eine Rücknahme der Kürzung der Finanzausgleichsmasse für das Land aus finanzwirtschaftlicher Sicht für unvertretbar. Die im Schulgesetz verankerte Eigenbeteiligung der Eltern bei den Schülerbeförderungskosten führe zu einer Einsparsumme von 9 Millionen € und sollte schon aus Gründen der Glaubwürdigkeit nicht zurückgenommen werden.

Auf eine Frage von Abg. Koch erwidert St Lorenz, die Landesregierung rechne bei den in Rede stehenden Maßnahmen (zum Beispiel Schülerbeförderung, Fremdenverkehrsabgabe), bei denen Kreise und Kommunen einen Gestaltungsspielraum hätten, jeweils die volle mögliche Kompensationswirkung an.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1286 abschließend zur Kenntnis. Er erwartet von der Landesregierung im Herbst 2007 eine Fortschreibung des Berichts.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht des Wirtschaftsministeriums über den aktuellen Stand der Förderung eines Science Centers in Kiel

AL Dr. Sauer berichtet, nach der Vorlage der Machbarkeitsstudie und der Entscheidung der Stadt Kiel warte man jetzt auf einen Förderantrag der Stadt Kiel. Die Zusage des Wirtschaftsministers, das Projekt mit 75 % zu fördern, stehe. Zur Kritik des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Kiel nimmt er nicht Stellung.

Abg. Stritzl begrüßt die Errichtung eines Science Centers in der Landeshauptstadt Kiel.

Abg. Herdejürgen äußert, wenn ein Förderantrag der Stadt vorliege, werde man sich mit der Konzeption des Science Centers befassen. Sie legt Wert darauf, die Förderung des Landes von der Zusage der Stadt Kiel abhängig zu machen, dass für mögliche Folgekosten allein die Stadt Kiel aufkomme.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung anderer Science Center warnt P Dr. Altmann vor den finanziellen Risiken eines Science Centers in Kiel. Neben den erheblichen Investitionskosten seien vor allem das inhaltliche Konzept des Science Centers und der Nachweis der Wirtschaftlichkeit des Betriebes sorgfältig zu prüfen. Der Rechnungshof werde sich im Rahmen seiner Prüfung der Finanzsituation der kreisfreien Städte auch zur Frage der Errichtung eines Science Centers in Kiel äußern.

Auch Abg. Spoorendonk sieht die Errichtung eines Science Centers in Kiel kritisch. Sie macht auf die Konkurrenz zu vergleichbaren Einrichtungen in Flensburg, Hamburg und Dänemark aufmerksam.

Abg. Koch bittet darum, dem Finanzausschuss die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Kiel zukommen zu lassen.

Der Finanzausschuss erwartet, dass der Wirtschaftsminister seine Entscheidung über die Förderung eines Science Centers erst trifft, nachdem sich vorher der Finanzausschuss auf der Grundlage des Konzepts, der Wirtschaftlichkeitsberechnung und der Bewertung des Wirtschaftsministeriums mit dem Thema befasst hat. Außerdem wird der Ausschuss die Stadt Kiel bitten, ihm die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes zur Verfügung zu stellen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Vergabe Bahnnetz Ost

Anträge der Abg. Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdrucke 16/2122 und 16/2125

Einstimmig unterstützt der Finanzausschuss das Aktenvorlagebegehren der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach Artikel 23 Abs. 2 der Landesverfassung in Sachen „Vergabe Bahnnetz Ost“, Umdruck 16/2122. Der Ausschuss wird sich in seiner Sitzung, am 28. Juni 2007 auf der Grundlage des von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingereichten Fragenkatalogs Umdruck 16/2125 weiter mit der Thematik beschäftigen.

Abg. Heinold bittet - unterstützt von Abg. Spoorendonk - den Wirtschaftsminister, dienstliche Erklärungen der infrage kommenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzuholen, um den Vorwurf der Vorabinformation des Konkurrenten zu entkräften (Umdruck 16/2122, letzter Absatz). - Die anderen Finanzausschussmitglieder nehmen diese Bitte zur Kenntnis, schließen sich ihr aber nicht an.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verwaltungsvereinbarung über den Hochschulpakt

Vorlage des Wissenschaftsministeriums
Unterrichtung 16/90

P Dr. Altmann äußert sich gegenüber der Landesregierung befremdet über das Verfahren der Beratung über den Hochschulpakt, zu dem die Ministerpräsidenten bereits heute eine Verwaltungsvereinbarung unterzeichnen sollten. Er macht auf die finanziellen Belastungen (Kofinanzierung) und Risiken des Landes (Möglichkeit der Rückzahlung von zu viel erhaltenen Bundesmitteln) aufmerksam.

St Dr. Wulff weist darauf hin, dass die Mehrkosten in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 allein vom Bund aufgefangen und die Komplementärmittel des Landes erst im nächsten Doppelhaushalt 2009/10 eingestellt würden. Vorgesehen sei eine regelmäßige Spitzabrechnung durch die Hochschulen sowie eine Evaluation im Jahr 2010.

Der Finanzausschuss nimmt die Verwaltungsvereinbarung über den Hochschulpakt zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

- Umdruck 16/2012 - Förderung des Deutschen Handwerksinstituts
- Umdruck 16/2023 - Sparkasse Südholstein
- Umdruck 16/2040 - Statistiken/Aufgabenkritik
- Umdruck 16/2041 - Jahresbericht 2006 des Landesbesoldungsamtes
- Umdruck 16/2042 - Wirtschaftlichkeit der Serviceeinheiten bei den Amtsgerichten
- Umdruck 16/2043 - Entwicklung des Personalbudgets 2006
- Umdruck 16/2044 - Zukunftsprogramm Wirtschaft
- Umdruck 16/2051 - Aufstellung der Haushaltsrechnung 2005
- Umdruck 16/2052 - Abwicklung von Förderprogrammen durch die Investitionsbank
- Umdruck 16/2053 - Änderungen in den Stellenplänen der Hochschulen
- Umdruck 16/2054 - Entwicklung der steuerähnlichen Abgaben und der Personalausgaben
- Umdruck 16/2055 - AKN
- Umdruck 16/2084 - Kosten für die Einführung von EOSS
- Umdruck 16/2087 - Verwaltungsabkommen gemeinsame Geodateninfrastruktur
- Umdruck 16/2107 - Urteil des Verfassungsgerichtshofes NRW zum
Nachtragshaushalt 2005
- Unterrichtung 16/94 - Zehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Verwaltungsvereinbarung über die gemeinsame Bund-Länder-Förderung des Deutschen Handwerksinstituts e.V. und der ihm angeschlossenen Forschungsinstitute und Abteilungen des Handwerks - Umdruck16/2012

P Dr. Altmann erinnert an die Monita des Rechnungshofs, zu abgestimmten Zuwendungsbescheiden zu kommen und die Frage der Zusammenfassung des gesamten Zuwendungsverfahrens in einer Hand zu prüfen.

Abg. Heinold kritisiert, dass die Landesregierung den Finanzausschuss erst jetzt über den Abschluss der Verwaltungsvereinbarung unterrichtete.

Der Finanzausschuss bekräftigt seinen auch im Parlamentsinformationsgesetz verankerten Anspruch, rechtzeitig über alle haushaltsrelevanten Vereinbarungen der Landesregierung unterrichtet zu werden. Er verständigt sich mit dem Finanzministerium, dass in besonders dringenden Fällen, wenn eine vorherige Unterrichtung des Finanzausschusses terminlich nicht möglich ist, über den Abschluss von Vereinbarungen der Landesregierung eine Information des Ausschussvorsitzenden über die politische Spitze des Finanzministeriums möglich ist und der Finanzausschuss in der nächsten Sitzung informiert wird.

Verkauf von Forderungen an einen US-Fonds durch die Sparkasse Südholstein - Umdruck 16/2023

Abg. Heinold bittet das Innenministerium nochmals um eine schriftliche Stellungnahme zu den unterschiedlichen rechtlichen Auffassungen zwischen FDP-Fraktion und Innenministerium.

Abg. Herdejürgen appelliert an die schleswig-holsteinischen Sparkassen, im Rahmen ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen auf Forderungsverkäufe zu verzichten.

Statistiken - Umdruck 16/2040

Landesrechnungshof, Finanzausschuss und Finanzministerium kritisieren, dass das Land beim Verzicht auf Statistiken offensichtlich nicht vorangekommen sei.

P Dr. Altmann weist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Ressortetatisierung hin.

Abg. Lehnert bittet das Innenministerium um eine Aufstellung darüber, welche Statistiken das Land in dieser Legislaturperiode abgeschafft habe.

Abg. Heinold erwartet von der Landesregierung konkrete Vorschläge zum Abbau von Statistiken.

St Dr. Wulff sagt für die Landesregierung zu, dem Finanzausschuss eine Gesamtaufstellung aller vom Statistikamt gefertigten Statistiken zuzuleiten (inklusive Auftraggeber beziehungsweise gesetzliche Norm).

Wirtschaftlichkeit der Serviceeinheiten bei den Amtsgerichten - Umdruck 16/2042

VP Dopp hält die Ausführungen des Justizministeriums zu den Punkten „gleichmäßiger Personaleinsatz, Schulung von Serviceeinheiten und medienbruchfreies Arbeiten“ für unbefriedigend. - Der Finanzausschuss nimmt die Vorlage des Justizministeriums abschließend zur Kenntnis.

Entwicklung der Personalbudgets 2006 - Umdruck 16/2043

Abg. Heinold bittet das Finanzministerium darum, bei der Entwicklung der Personalbudgets künftig auch die Zahlen der Vorjahre mit aufzuführen.

Auswahl- und Fördergrundsätze für das Zukunftsprogramm Wirtschaft - Umdruck 16/2044

Abg. Herdejürgen bittet das Wirtschaftsministerium um nähere Angaben zum Begleitausschuss (Ziffer 4.3 der Fördergrundsätze).

Vorlage der Unterlagen der Ressorts für die Prüfung der Haushaltsrechnung - Umdruck 16/2051

Der Ausschuss überweist die Vorlage des Finanzministeriums zur weiteren Beratung an die Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung.

Abwicklung von Förderprogrammen durch die Investitionsbank - Umdruck 16/2052

Abg. Heinold stellt fest, dass ab dem Jahr 2009 keine Landesmittel mehr an die Beratungsgesellschaft für Beschäftigung fließen. Sie kritisiert, dass die Landesregierung den Finanzausschuss nicht unaufgefordert über den Abschluss des Vertrages mit der Investitionsbank informiert habe.

Veränderungen in den Stellenplänen der Hochschulen - Umdruck 16/2053

P Dr. Altmann problematisiert die vom Wissenschaftsministerium vorgenommenen Stellenhebungen und -umwandlungen, für die eine sachliche Begründung und Kompensation fehle und die Mehrkosten von 500.000 € jährlich zur Folge hätten. Besonders problematisch sei die Umwandlung von Planstellen auf Zeit in Planstellen auf Lebenszeit.

AKN - Umdruck 16/2055

Abg. Dr. Garg möchte wissen, wann das Restrukturierungskonzept vorgelegt werde.

Abg. Heinold stellt die Frage, ob die Hamburger Hochbahn, die das Restrukturierungskonzept entwickle, bei einem eventuellen Verkauf der AKN als Bieter auftreten dürfe.

Kosten für die Einführung des Verfahrens des EOSS-Verbundes in Schleswig-Holstein - Umdruck 16/2084

Auf eine Frage von Abg. Schlosser-Keichel zur Reduzierung von mindestens 45 Stellen im Amt für Informationstechnik teilt St Dr. Wulff mit, die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden in der Steuerverwaltung eingesetzt.

Verwaltungsabkommen zwischen den beteiligten Ländern und Kreisen beziehungsweise Landkreisen über eine gemeinsame Geodateninfrastruktur und den Betrieb eines Geoportals in der Metropolregion Hamburg - Umdruck 16/2087

Der Finanzausschuss legt Wert auf die Aussage des Innenministeriums, dass Finanzmittel vonseiten des Landes nicht aufzubringen seien.

Auf eine Frage von Abg. Koch versichert St Dr. Wulff, die Landesregierung werde für das Projekt keine Mittel in den Doppelhaushalt 2009/10 einstellen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Auf eine Frage von Abg. Heinold teilt St Dr. Wulff mit, der Ministerpräsident werde dem **Lottostaatsvertrag** auf der gegenwärtig tagenden Ministerpräsidentenkonferenz nicht zustimmen.
- b) Auf eine Frage von Abg. Heinold zu Haushaltsrisiken aufgrund der Zinsentwicklung erwidert Frau Gilliot, im Kredit- und Derivatbereich rechne man am Ende des Jahres - wie in den Vorjahren - mit einem positiven wirtschaftlichen Ergebnis und der weiteren Einsparung von **Zinskosten**.
- c) Abg. Heinold bittet den Wirtschaftsminister um Erläuterung, mit welchen 60 Maßnahmen er die **Verwaltungsmodernisierung** zügig voranbringen wolle.
- d) St Dr. Wulff informiert den Finanzausschuss über einen Disput zwischen dem Bundesfinanzminister und den Landesfinanzministern: Der Bund wolle von den Ländern 500 erfahrene, hochqualifizierte **Betriebsprüfer** für die Bundesbetriebsprüfung abwerben.
- e) Der Finanzausschuss vereinbart die Termine für die Beratungen der **Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung** über die diesjährigen Bemerkungen des Landesrechnungshofs (Umdruck 16/2132).

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 12:00 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer